



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Schubertstr. 3 – 78315 Radolfzell

bodenseeland
UNITED INNOVATIONS

78315 RADOLFZELL
Schubertstr. 3
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

An die Redaktion

Büro:
Charlotte Biskup
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 07531 - 2842621

Öffnungszeiten:
Mo. und Mi. 10-12Uhr
Di. 13-16, Do. 8-12Uhr

Konstanz, 10.03.2010

Pressemitteilung: „Gäubahn wird abgekoppelt wie ein ausrangierter Waggon!“

Lehmann: „Bundesregierung ist verpflichtet, Staatsvertrag mit der Schweiz zu erfüllen und Zweigleisigkeit der Gäubahn herzustellen!“

Trotz Riesengewinnen der DB Netz AG macht die Streichliste des Deutsche Bahnchefs Grube deutlich, dass der Ausbau der Zweigleisigkeit der Gäubahn auf der Kippe steht. Der Konstanzer Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann warnt davor, den Staatsvertrag zwischen der Bundesregierung und der Schweiz zu brechen: „Der Vertrag von Lugano aus dem Jahr 1996 sieht vor, dass sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, die Zweigleisigkeit der Strecke Stuttgart – Zürich auf deutschem Gebiet herzustellen. Im Gegenzug dazu sichert die Schweizer Regierung zu, entsprechende Doppelspurausbauten bis 2010 bzw. 2012 auszuführen.“ Nachdem die Schweiz ihren Teil der Zusage bereits teilweise verwirklicht hat, ist es nach Ansicht Lehmanns unumgänglich, dass auch die Bundesregierung ihrem Versprechen nachkommt.

Eine unzureichende Finanzausstattung des Verkehrsetats der Bundesregierung sowie milliarden schwere Prestigeprojekte wie Stuttgart 21 stellen die Finanzierung notwendiger Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen des Schienennetzes der Deutschen Bahn ins Abseits. Einem Bedarf von etwa 1,8 Mrd. Euro stehen langfristig Bundesfinanzmittel in Höhe von rd. 1,235 Mrd. Euro gegenüber. „Es fehlen jährlich etwa 750 Mio. Euro, die es bräuchte, um langfristig das Schienennetz instand zu halten und notwendige Ausbaumaßnahmen zu realisieren“, erläutert der Grüne Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann.

Für die Gäubahn bedeutet diese mangelhafte Finanzausstattung unter Umständen, dass die notwendige Zweigleisigkeit auch in Zukunft nicht hergestellt wird, obwohl diese für einen Erhalt oder gar eine Steigerung der Fahrgastzahlen unerlässlich ist – trotz eines bestehenden Staatsvertrages der Bundesregierung mit der Schweiz: „Der Staatsvertrag aus dem Jahr 1996 sieht vor, dass die Regierungen Deutschlands wie der Schweiz sich verpflichten, die Zweigleisigkeit im eigenen Hoheitsgebiet herzustellen. Nachdem die Schweiz ihren Teil des Vertrags bereits teilweise erfüllt hat, diskutiert man in Deutschland nun darüber, ob diese Maßnahme überhaupt finanziert werden soll!“, kritisiert der Grüne Landtagsabgeordnete die derzeitige Debatte. „Wir demonstrieren damit eine Unzuverlässigkeit, die uns gegenüber unseren Schweizer Nachbarn absolut unglaubwürdig werden lässt!“

Brisant ist nach Ansicht Lehmanns insbesondere, dass die DB Netz AG gerade jetzt einen Rekordgewinn von 750 Mio. Euro erwirtschaftet hat, welcher in den Bahnkonzern gesteckt werden soll. „Bei diesem Betrag handelt es sich genau um die Finanzierungslücke, um die notwendigen anstehenden Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen vornehmen zu können. Es darf doch nicht sein, dass dieses steuerfinanzierte Unternehmen diese Gewinne nicht in die anstehenden Netzausbauten reinvestiert, sondern sie stattdessen an den Bahnkonzern abführt!“, zeigt sich der Grüne Abgeordnete erzürnt.

Lehmann fordert nun die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür vehement einzusetzen, dass der Ausbau der Gäubahn entsprechend des geltenden Staatsvertrags realisiert wird. „Die Landesregierung muss das notwendige Signal geben, dass sie sich zur Gäubahn bekennt und den Ausbau der Gäubahn ggf. ebenso umfangreich unterstützt wie den der Rheintalbahn oder den der Südbahn (Strecke Ulm-Friedrichshafen).“

Gegenüber der Deutschen Bahn AG macht Lehmann deutlich: „Eine weitere Verschlechterung des Verkehrsangebotes durch Mängel im Verkehrsangebot, wie bspw. den Ausfall der ICE-Verbindungen oder eine Verlängerung der Fahrtzeiten durch Ausfall der Neigetechnik kann nicht akzeptiert werden. Wir werden es nicht hinnehmen, dass die Bodenseeregion und die Nordschweiz von der Verkehrspolitik von Land und Bund abgekoppelt werden wie ein ausrangierter Waggon!“